

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	21.11.2011

Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates sowie der Entwicklung des Haushaltes 2011

1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates
2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Zu 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates

Auf der Basis des per 15.10.2011 ermittelten Sachstandes der einzelnen Maßnahmen wurden für 2011 die folgenden prognostizierten Jahreswerte ermittelt, die in den Diagrammen 1 bis 3 im Soll/Istvergleich aufgeteilt nach Produktbereichen dargestellt sind:

Aufwandsreduzierung Personalaufwand

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
11,00 Mio. Euro	11,00 Mio. Euro	0 Euro

Die für das Hj. 2011 aufgrund einer Neukalkulation ermittelte Reduzierung des Personalaufwandes wurde in die Hpl.-Ansätze eingearbeitet und hat somit bereits zu einer Reduzierung der Haushaltsbelastung in 2011 geführt. Bezüglich der aktuellen Entwicklung der Personalaufwendungen wird auf die unter Ziffer 2. enthaltenen Ausführungen verwiesen.

Aufwandsreduzierung Sachaufwand (Diagramm 1)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
20,19 Mio. Euro	16,83 Mio. Euro	3,36 Mio. Euro

Die aktuell prognostizierte Unterschreitung wird im Wesentlichen verursacht durch die bisherige Nichtumsetzung folgender Maßnahmen:

Aufgabe 57.27, Einsparvorschlag Nr. 1 2,93 Mio. Euro

Vorgesehen war die Einführung von Winterdienstgebühren ab dem Hj. 2011 mit einem Gesamtaufkommen von rd. 2,93 Mio. Euro. Der Rat hat in seiner Sitzung vom 14.12.2010 die Einführung in der vorgelegten Fassung abgelehnt und die Verwaltung beauftragt, eine alternative Deckung vorzuschlagen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen. Der

Hauptausschuss hat den Verwaltungsvorschlag zur Einführung einer Winterdienstgebühr in seiner Sitzung am 12.09.2011 beraten, die Beschlussfassung über die Finanzierungsfrage jedoch abgekoppelt und dem AVR zur Entscheidung übertragen. Dieser hat jedoch in seiner Sitzung am 19.09.2011 ebenfalls keine Entscheidung zur Finanzierung getroffen. Zur Zeit befindet befassen sich die Ratsgremien erneut mit dem Sachverhalt.

Aufgabe VII/4.1, Einsparvorschlag Nr. 6 300.000 Euro

Durch Übernahme von Bewachungsleistungen in Eigenregie durch studentische Hilfskräfte war eine Einsparung von 300.000 Euro vorgesehen. Solche Modelle finden zurzeit Anwendung im Kölnischen Stadtmuseum und im Museum Ludwig. Im Kölnischen Stadtmuseum konnte eine Verbesserung des Besucherservices bei mindestens neutralen Kosten erreicht werden, allerdings zeigt der Kostenverlauf im Museum Ludwig eine negative Tendenz. Die Überprüfung des Modells wird noch in diesem Jahr erfolgen. Angesichts dieser negativen Tendenz ist die Umstellung der Bewachung in den anderen Museen zunächst nicht mehr vorgesehen. Stattdessen wird zurzeit die Neuausschreibung der externen Bewachungsleistung vorbereitet. Es wird damit gerechnet, dass die Marktpreise unter dem derzeitigen Kostenbild, mindestens jedoch unter den Kosten für die studentische Bewachung liegen werden. Wegen der besonderen Komplexität der Ausschreibung wird sich die Fertigstellung und Durchführung verzögern. Somit kann die vorgesehene Einsparung in 2011 nicht realisiert werden.

Ertragssteigerung (Diagramm 2)

Soll	Prognostizierter Jahreswert	Abweichung
16,14 Mio. Euro	14,57 Mio. Euro	1,57 Mio. Euro

Auch hier entfällt der größte Anteil der Abweichung auf die bisherige Nichtumsetzung einer einzelnen Maßnahme:

Aufgabe 51.25, Einsparvorschlag Nr. 6 3,20 Mio. Euro

Vorgesehen war der Verzicht auf die Beitragsfreiheit ab dem dritten Kindergartenjahr. Vor dem Hintergrund der Überlegungen auf Landesebene wurde die Einbringung einer Vorlage für eine Kölner Regelung zunächst zurückgestellt, die vorgesehene Ertragssteigerung in Höhe von jährlich 3,2 Mio. Euro als nicht umgesetzt eingestuft.

Der Landtag hat inzwischen im Zusammenhang mit dem 1. KiBiz-Änderungsgesetz die Elternbeitragsfreiheit im letzten Jahr des Kindergartenbesuchs vor dem Schuleintritt eingeführt. Zur Erfüllung des Konnexitätsausführungsgesetzes hat das Land zunächst eine Verordnung erarbeitet, aufgrund der es möglich ist, Abschlagszahlungen auf den Belastungsausgleich vorzunehmen.

Nach Mitteilung der Fachverwaltung wird der auf Köln entfallende Betrag für 2011 in Höhe von rd. 4,0 Mio. Euro unter Berücksichtigung der Wenigererträge bei den Elternbeiträgen in Höhe von 1,42 Mio. Euro somit insgesamt 2,58 Mio. Euro betragen. Die für 2011 vorgesehene Ertragssteigerung wird somit um 620.000 Euro unterschritten, ab 2012 ist von einer Überschreitung auszugehen.

Stellenabbau (Diagramm 3)

Der aus diversen Maßnahmen resultierende Stellenabbau umfasst in 2011 insgesamt 177 Stellen mit einem Gesamtaufwandsvolumen in Höhe von 8,66 Mio. Euro. Zum Stand 15.10.2011 konnten 138 – weitgehend unbesetzte – Stellen abgesetzt werden, 25 Stellen

wurden mit einem kw-Vermerk versehen. Bei den restlichen 14 Stellen konnte mit Blick auf personalwirtschaftliche Umsetzungsmaßnahmen noch keine Absetzung erfolgen.

Zu 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2011

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen ergeben sich bei den wesentlichen Positionen des Haushaltes die im Folgenden aufgeführten Abweichungen. Bei diesen Abweichungen handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 28.10.2011 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Bezüglich des **Gewerbesteueraufkommens** ist festzustellen, dass zum Stand 09.11.2011 ein Anordnungssoll von rd. 919,2 Mio. Euro erreicht wurde. Damit sind zum Stichtag bereits 90,61 % des Haushaltsplanansatzes von 1.014,4 Mio. Euro realisiert. Von diesem Betrag entfallen rd. 693,9 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und rd. 225,2 Mio. Euro auf Nachforderungen. Der letzte Veranlagungslauf wird am 30.11.2011 erfolgen. Ob zu diesem Zeitpunkt das Anordnungssoll die Höhe des Haushaltsansatzes erreicht haben wird, bleibt abzuwarten. In Anbetracht des aktuellen Differenzbetrages von rd. 95,2 Mio. Euro erscheint dies zumindest zweifelhaft.

Verzinsung der Gewerbesteuer gem. § 233a AO

Das aktuelle Anordnungssoll der Zinsen nach §233a AO beträgt 14,6 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Hpl.-Ansatz von 23,0 Mio. Euro.

Die Entwicklung dieser Ertragsart steht im direkten Zusammenhang mit den Gewerbesteuerfestsetzungen älterer Zeiträume und ist abhängig davon, ob Nachforderungs- oder Erstattungszinsen anfallen. Daher kann derzeit keine sichere Prognose zum Jahresergebnis abgegeben werden.

Veränderung derzeit nicht bezifferbar

Gewerbesteuerumlagen

Die Gewerbesteuerumlagen werden nach dem tatsächlichen Ist-Aufkommen bei der Gewerbesteuer erhoben. Unabhängig hiervon ergibt sich eine Verbesserung aufgrund der Absenkung des Berechnungsfaktors um einen Punkt. Bezogen auf die aktuell veranschlagte Gewerbesteuer und die entsprechend berechneten Gewerbesteuerumlagen bedeutet dies eine Verbesserung um rd. 3,2 Mio. Euro.

Wenigeraufwand: ca. 3,2 Mio.

Grundsteuer

Die Prognose zur Jahresveranlagung für die Grundsteuer B beträgt 210,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 210,8 Mio. Euro ergibt sich eine Verschlechterung in Höhe von 0,3 Mio. Euro.

Wenigererträge: ca. 0,3 Mio. Euro

Anteil an der Einkommensteuer

Da der Einkommensteueranteil für das 3. Quartal 2011 auch als Berechnungsgrundlage für die Abschlagszahlung auf das 4. Quartal dient, kann das vorläufige Gesamtaufkommen für das laufende Haushaltsjahr berechnet werden. Danach ergibt sich ein Gesamtbetrag von 363,2 Mio. Euro. Dies bedeutet gegenüber der Veranschlagung eine Verbesserung um 40,4 Mio. Euro. Dieser Betrag kann sich jedoch noch verändern, da die aus der Spitzabrechnung für das Haushaltsjahr 2011 resultierenden Erträge, die Anfang 2012 gezahlt werden, in 2011 noch ergebniswirksam berücksichtigt werden.

Aus dem Mehrertrag wurden bereits Deckungen für Mehraufwendungen in Höhe von ca. 12,3 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Mehrerträge: rd. 28,1 Mio. Euro

Anteil an der Umsatzsteuer

Beim Umsatzsteueranteil errechnet sich ein Mehrertrag in Höhe von 2,4 Mio. Euro. Auch hier können sich noch – analog der Vorgehensweise beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer – Abweichung aufgrund der Spitzabrechnung ergeben.

Mehrerträge: rd. 2,4 Mio. Euro

Kompensation (Ausgleichsanspruch für reduzierten Einkommensteueranteil)

Auf Basis des nunmehr vorliegenden Festsetzungsbescheides beträgt die Kompensationsleistung 40,4 Mio. Euro. Im Vergleich zum Haushaltsplanansatz ergibt sich eine Verbesserung um 5,0 Mio. Euro. Hieraus wurden bereits Deckungen für Mehraufwendungen in Höhe von ca. 4,4 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Mehrerträge: ca. 0,6 Mio. Euro

Aufwandsteuern

Bei den sonstigen Vergnügungssteuern kann mit Mehrerträgen von rd. 2,0 Mio. Euro gerechnet werden. Mehrerträge in Höhe von 1,0 Mio. Euro sind zudem bei der Zeitwohnungssteuer zu erwarten.

Bei der Kulturförderabgabe wird der im Haushaltsplan für das Jahr 2011 veranschlagte Betrag von 7,0 Mio. Euro nicht erreicht. Gegen das erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Köln in Sachen Kulturförderabgabe hat der Kläger Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster eingelegt, womit dieses nicht rechtskräftig ist. Es wird zudem davon ausgegangen, dass wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache auch später die Revision zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig zugelassen sein wird. Somit wird letztlich der Gang durch die Instanzen vollends ausgeschöpft werden. In welcher Höhe hier tatsächlich Erträge erzielt werden, bleibt abzuwarten.

Mehrerträge: ca. 3,0 Mio. Euro

Schlüsselzuweisungen

Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber den veranschlagten Schlüsselzuweisungen Mehrerträge von 65,4 Mio. Euro. Bezüglich des zugrunde liegenden Sachverhaltes wird auf die Mitteilung zur Sitzung des Finanzausschusses am 23.05.2011 verwiesen (TOP 2.15, Vorlagen-Nr. 2050/2011).

Von den vg. Mehrerträgen wurden bereits 35,1 Mio. Euro zur Deckung von Mehraufwendungen herangezogen.

Mehrerträge: 30,3 Mio. Euro

Landschaftsumlage

Auf Basis der zwischenzeitlich feststehenden Umlangengrundlagen sowie des von der Landschaftsversammlung beschlossenen Umlagesatzes von 17 % ergibt sich gegenüber der Veranschlagung im Haushaltsplan für das Jahr 2011 ein Mehraufwand von 30,6 Mio. Euro. Hiervon entfallen rd. 15,0 Mio. Euro auf die Erhöhung des Umlagesatzes. Die weiteren 15,6

Mio. Euro resultieren aus der Tatsache, dass sich das Steueraufkommen in der maßgeblichen Referenzperiode besser entwickelt hat als noch bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für die Jahre 2010/2011 erwartet.

Mit Umlagebescheid vom 13.10.2011 teilt der LVR nunmehr ergänzend mit, dass zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltes des LVR durch die Landschaftsversammlung nicht abgesehen werden konnte, dass das GFG 2011 unverändert beschossen würde. Aufgrund des Rücksichtnahmegebotes des LVR werden die hieraus resultierenden positiven Auswirkungen an die Mitgliedkörperschaften weitergegeben. Ein entsprechender Beschluss über diese Vorgehensweise wurde von der Landschaftsversammlung gefasst. Der Anteil der Stadt Köln an der Entlastung des LVR beläuft sich auf rd. 4,2 Mio. Euro und reduziert den o. a. Mehraufwand.

Weiterhin konnten zusätzlich rd. 2,6 Mio. Euro anteilige Rückzahlung der Landschaftsumlage für das Haushaltsjahr 2007 vereinnahmt werden, die als Deckung für den v. g. Mehraufwand herangezogen werden können.

Mehraufwand: rd. 23,8 Mio. Euro

Personalaufwand

Nach der aktuellen Hochrechnung werden die Personal- und Versorgungsaufwendungen voraussichtlich mit einer Verschlechterung in Höhe von ca. 14,0 Mio. Euro abschließen. Wenigeraufwendungen bei den „reinen“ Personalkosten in Höhe von rd. 33,0 Mio. Euro sowie bei den Versorgungsaufwendungen in Höhe von ca. 3,0 Mio. Euro stehen Mehraufwendungen in Höhe von rd. 50,0 Mio. Euro für die Zuführung zu den Rückstellungen, die deutlich höher ausfallen als ursprünglich angenommen, gegenüber. In der Prognose ist bereits die Besoldungserhöhung der Beamten enthalten.

Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen:

Aufwendungen	Ansatz	Prognose zum jeweiligen Monat				
	2011	Jun*	Jul	Aug*	Sep	Okt*
Personal	733,9	757,0	756,0	756,0	753,0	751,0
davon „reiner“ Personalaufwand	672,1	645,0	644,0	644,0	641,0	639,0
davon Personalaufwand für Rückstellungen	61,7	112,0	112,0	112,0	112,0	112,0
Versorgung	55,0	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0

Angaben in Mio. Euro

*Meldung an Finanzausschuss

Begründung für Abweichung:

In 2011 gab es keine so erheblichen Gesetzesänderungen, die zu einer drastischen Einstellungswelle führten wie in der Vergangenheit oft geschehen, z.B. die hauswirtschaftlichen Ergänzungskräfte oder die Änderung der Arbeitszeitverordnung für die Feuerwehr.

Der U3-Ausbau geht zögerlicher einher als geplant. Die Einstellung von mehr Erzieherpersonal verteilt sich über einen längeren Zeitraum und tritt nicht so schlagartig ein. Es ist eher mit einer Verschiebung in 2012 ff. zu rechnen.

Für den Doppelhaushalt 2010 / 2011 wurden knapp 500 Mehrstellen bewilligt, die finanziert wurden. Die Besetzung verteilt sich jedoch über den ganzen Zeitraum (2010 und 2011) Besetzt wurde zum Teil mit internem Personal, so dass externe Einstellungen vermieden wurden.

Der Zeitpunkt der Planung für den Haushalt 2010 / 2011 lag bereits deutlich früher, nämlich im Frühjahr 2009. Die prekäre Haushaltsslage und zeitliche Aspekte ließen es nicht zu, in 2010 unter Berücksichtigung aller damals aktuellen Aspekte eine vollständig neue Planung des Personalaufwandes durchzuführen. Dies konnte erst in 2011 für den Haushalt 2012 ff. umgesetzt werden.

Ein Aspekt, dessen Ausprägung sich auf Grund der relativ kurzen Praxiserfahrung erst in 2011 manifestiert hat, ist das Thema Rückstellungen (insbesondere für Pensionen). In der

Prognose wurden die zwischenzeitlich gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der ergebnisbelastenden Wirkung von Besoldungsanpassungen und Entwicklungen der Beihilfeumlage bei der Bemessung der Versorgungsrückstellung in vollem Umfang berücksichtigt. Zum Zeitpunkt der Planung in 2009 lagen diese noch nicht vor. In die Planung ab 2012 ff. sind die gewonnenen Erkenntnisse bereits eingeflossen.

Verschlechterung: rd. 14,0 Mio. Euro

Sozialbereich

Im Sozialbereich wird insgesamt eine saldierte Verbesserung von rd. 9,0 Mio. Euro gegenüber der Planung prognostiziert. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Bei den Erträgen werden folgende Veränderungen erwartet:

- Die Erstattung des LVR zur „Hilfe zur Gesundheit“ wird um ca. 0,8 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.
- Mehrerträge in Höhe von 8,0 Mio. Euro sind aufgrund der Erhöhung des prozentualen Bundesanteils bei den „Kosten der Unterkunft“ zu erwarten. Diese Mehrerträge sind unabhängig von der Umsetzung des „Bildungspakets“.
- Bei der summarischen Abrechnung der stationären Hilfe zur Pflege zeichnen sich Wenigererträge von rd. 1,5 Mio. Euro ab.
- Durch weitgehende Abarbeitung von Altfällen aus der Unterhaltsheranziehung und zentraler Rückabwicklung ergeben sich Mindererträge in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro, da diese Erträge vergangenen Perioden zugerechnet werden müssen.

Per Saldo ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 5,8 Mio. Euro.

Bei den Aufwendungen werden folgende wesentlichen Veränderungen erwartet:

- Bei der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ sind die Aufwendungen weiterhin angestiegen. Ursache hierfür sind einerseits die rückwirkende Regelsatzanhebung zum 01.01.2011, andererseits auch die Änderung im SGB XII, nach der, ebenfalls rückwirkend zum 01.01.2011, die Kosten der Warmwasseraufbereitung in die Kosten der Unterkunft aufzunehmen sind. Hierdurch haben sich die bisher erwarteten Wenigeraufwendungen erheblich reduziert. Es wird nunmehr lediglich eine Verbesserung von rd. 0,7 Mio. Euro erwartet.
- Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen bei den Leistungen der Grundsicherung im Alter sowie der Regelsatzsteigerung und den zusätzlichen Kosten der Warmwasseraufbereitung, analog den Anpassungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, wird ein Mehraufwand von rd. 6,6 Mio. Euro erwartet.
- Mit einem Mehraufwand in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro wird aufgrund der Erhöhung des Anteils am Kommunalen Finanzierungsausgleich (KFA) an den Verwaltungskosten der ARGE gerechnet.
- Aufgrund geringerer Fallzahlen bei den Aufwendungen bei den „Kosten der Unterkunft“ werden Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 9,4 Mio. Euro prognostiziert.
- Auch bei den Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bewirken – wie bereits im Haushaltsjahr 2010 – geringere Fallzahlen Einsparungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro.
- Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro werden bei den Leistungen „Hilfe zur Pflege“ durch den Übergang der Kostenträgerschaft für Fälle mit persönlicher Assistenz an den LVR erwartet. Diesen Wenigeraufwendungen stehen Mehraufwendungen in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro bei der stationären Pflege durch stetige Zunahme der Kosten angesichts der demografischen Entwicklung gegenüber.
- Darüber hinaus ist der Ansatz für die „Hilfen bei Wohnproblemen“ nicht auskömmlich und wird voraussichtlich um rd. 0,8 Mio. Euro überschritten.

Per Saldo ergeben sich Wenigeraufwendungen in Höhe von 3,2 Mio. Euro.

saldierte Verbesserung: rd. 9,0 Mio. Euro

Im Zuge der Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe zum 01.01.2011 wurden in 2011 insgesamt 15,0 Mio. Euro außerplanmäßig bereitgestellt. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten werden die Leistungen nunmehr verstärkt in Anspruch genommen. Die Verwaltung kann jedoch nicht ausschließen, dass die bereitgestellten Mittel nicht vollständig abfließen. Eine konkrete Aussage hierzu kann aber erst zum Jahresende getroffen werden.

Schule und Bildung

Der Bereich prognostiziert insgesamt eine Verschlechterung von 15,9 Mio. Euro, die sich wie folgt ermitteln:

- Mehrerträge in Höhe von 3,4 Mio. Euro sind zum einem aufgrund der Erhöhung der Fördersätze für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen zu erwarten. Zum anderen bewirkt die Ausweitung des OGTS-Platzangebotes auf 22.000 Plätze Mehrerträge bei der beantragten Landesförderung sowie Mehrerträge durch erhöhte Fördersätze des Landes.
- Durch die Rücknahme der Pauschalkürzungen auf den freiwilligen Förderanteil, die der Rat im Rahmen des bedarfsgerechten Ausbaus der OGTS auf 20.800 Plätze beschlossen hat, ist mit Mehraufwendungen in Höhe von 3,5 Mio. Euro zu rechnen.
- Mehraufwendungen in Höhe von rd. 15,8 Mio. Euro sind auf nachträgliche Mietanpassungen zurückzuführen, die zum Zeitpunkt der Anmeldung für den HPL 2010/2011 noch nicht feststanden.

Verschlechterung: rd. 15,9 Mio. Euro

Kinder und Jugend, Kinderheime

In der Wirtschaftlichen Erziehungshilfe ist derzeit unter Berücksichtigung der Fallzahlen- und Kostenentwicklung und der Ertragsprognose von einer Verschlechterung in Höhe von insgesamt 11,7 Mio. Euro auszugehen.

Dabei schließt die Ertragsprognose mit einer Verbesserung in Höhe von voraussichtlich 2,6 Mio. Euro gegenüber dem Planansatz ab.

Die erwarteten Mehraufwendungen in Höhe von 14,3 Mio. Euro ergeben sich insbesondere aus erheblichen Fallsteigerungen, deren Trend in der letzten Meldung Ende Juni in dieser Dramatik noch nicht absehbar war, sich aber in den letzten drei Monaten verstetigt hat. Im gesamten Bundesgebiet ist ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen und Jugendhilfekosten zu verzeichnen. Die Stadt Köln mit dem größten Jugendamt in NRW bildet hier keine Ausnahme. Im Großstadtvergleich liegt die Stadt Köln allerdings hinsichtlich der Leistungsdichte noch immer unter dem Durchschnitt aller beteiligten Großstädte (Laufende Hilfen: Mittelwert: 40,49 Hilfen pro 1.000 Jugendeinwohner / Stadt Köln 29,89 Hilfen).

Hinzu kommen die unterjährigen tariflichen Steigerungen im Trägerbereich, die über den im Doppelhaushalt 2010/2011 geplanten Anstieg hinaus gehen. Im Übrigen wird auf die detaillierten Ausführungen zur letzten Mitteilung im Finanzausschuss am 10.10.2011 verwiesen. Um gegebenenfalls weitergehende Erklärungen und Hinweise zur Fall- und Kostenentwicklung sowie zu möglichen Handlungsbedarfen zu erhalten, beabsichtigt die Jugendverwaltung die Kölner Situation zeitnah extern analysieren zu lassen.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen zeichnet sich eine Verschlechterung bei den Erträgen der öffentlich rechtlichen Benutzergebühren/Entgelten von rd. 1,4 Mio. Euro ab. Diese resultiert zum einen aus der bisher noch nicht realisierten Erhöhung der Tagespflegesätze sowie aus der zum 01.01.2009 durchgeführten Platzzahlreduzie-

rung in den Leistungsangeboten des SGB VIII – Bereichs. Die erforderlichen Maßnahmen zur Erhöhung der Tagespflegesätze wurden eingeleitet, so dass die Vereinbarung mit den Kostenträgern im Spätherbst 2011 abgeschlossen sein wird.

Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro werden bei den sonstigen Sachleistungen aufgrund der überdurchschnittlichen Auslastung bei der Familiären Bereitschaftsbetreuung sowie bei den Erziehungsstellen erwartet.

Verschlechterung: rd. 13,7 Mio. Euro

Bauaufsicht

Nach aktueller Prognose werden die Erträge aus den Verwaltungsgebühren mindestens 0,8 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Die genaue Höhe der Abweichung kann noch nicht beziffert werden.

Verschlechterung: rd. 0,8 Mio. Euro

Straßen und Verkehrstechnik

Bei den Kosten der Straßenbeleuchtung zeichnen sich Mehraufwendungen von rd. 0,9 Mio. Euro ab.

Im Bereich der Straßenunterhaltung ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro, die unter anderem durch den zügigen Abbau der größten Schäden des vergangenen Winters und durch die zügige Umsetzung des Straßenunterhaltungsprogramms entstanden.

Mit Mehraufwendungen in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro sind bei den nicht rückzahlbaren Zuweisungen für Investitionen zu rechnen. Das liegt zum einen daran, dass der Anteil der Stadt am Bau von Mischwasserkanälen nach aktueller Meldung der STEB voraussichtlich um rd. 0,4 Mio. Euro höher liegen wird als ursprünglich geplant. Zum anderen sind städtische Kostenbeteiligungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz ab 2011 zunächst konsumtiv abzuwickeln. Dies war bei den Budgetanmeldungen 2010/2011 noch nicht bekannt.

Mehraufwendungen: rd. 5,3 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Die Aufwendungen für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens im Zusammenhang mit der Generalsanierung der Rheinbrücken, der Ertüchtigung der städtischen Tunnelbauwerke, der Stadtbahnen und für die Bauunterhaltung bei den sonstigen konstruktiven Ingenieurbauwerken werden voraussichtlich insgesamt um rd. 6,0 Mio. Euro unter der Veranschlagung bleiben. Die Wenigeraufwendungen resultieren aus der schwierigen Personalgewinnung für die Großprojekte „Sanierung Rheinbrücken“ und „Tunnelertüchtigung“ und dem damit verzögerten Beginn der Maßnahmen, sowie den zwischenzeitlich aufgetretenen Verzögerungen bei den Bauausführungen.

Daneben stehen Wenigererträge in Höhe von rd. 1,3 Mio. Euro, die sich durch Verzögerungen der Baumaßnahmen bei den Kölner Straßentunneln ergeben.

Verbesserung: rd. 4,7 Mio. Euro

Zentrale Dienste

Es zeichnen sich Mehraufwendungen von rd. 2,5 Mio. Euro im Bereich der Gebäudereinigung/Winterdienst sowie ca. 0,3 Mio. Euro im Portobereich gegenüber der Veranschlagung ab.

Mehraufwendungen: rd. 2,8 Mio. Euro

Gesundheitsamt

Bei den Erträgen aus Verwaltungsgebühren ist mit Ausfällen von rd. 0,7 Mio. Euro zu rechnen. Zum einen wurden bei der Planung Erträge berücksichtigt, die sich aus der Zusetzung zusätzlicher Stellen ergeben, deren Refinanzierung über Gebühren erfolgt. Entgegen der

Planung wurde jedoch nur ein Teil dieser Stellen besetzt, so dass die Erträge geringer ausfallen. Die erforderliche Anpassung der Aufwendungen für diese Stellen wurde bei der Planung bereits berücksichtigt. Zum anderen ist durch Vakanzen und krankheitsbedingte Ausfälle mit weiteren Wenigererträgen zu rechnen.

Wenigererträge: rd. 0,7 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Aufgrund von Projektverzögerungen beim Programm Mülheim 2020 liegen die Aufwendungen rd. 3,3 Mio. Euro unter der Planung.

Daneben werden 5,2 Mio. Euro Zuschüsse an Dritte für Mülheim 2020 ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen nicht abfließen. Erträge aus Zuweisungen von Bund, Land und EU werden voraussichtlich um 3,2 Mio. Euro – ebenfalls aufgrund von Projektverzögerungen – hinter der Veranschlagung zurückbleiben.

Im Hpl.-Entwurf 2012 sind jeweils erneute Veranschlagungen vorgesehen

saldierte Verbesserung: rd. 5,3 Mio.

Statistik und Informationsmanagement

Aufgrund des inzwischen beschlossenen ZensusG 2011 NRW beteiligt sich das Land NRW an den Kosten für die Durchführung des Zensus mit 1,0 Mio. Euro in 2011. Diesen Mehrerträgen stehen Mehraufwendungen von ca. 0,5 Mio. Euro im Zusammenhang mit der Entschädigung der Erhebungsbeauftragten gegenüber. Da die Höhe der Landeszuweisung bei der Aufstellung des Haushaltes 2010/2011 noch nicht bekannt war, berücksichtigt der Haushalt 2011 keine entsprechenden Erträge.

Verbesserung rd. 0,5 Mio. Euro

Informationsverarbeitung

Bei der Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen wird ein Mehraufwand in Höhe von ca. 1,5 Mio. Euro erwartet. Dies ist insbesondere in der SAN-Wartung begründet. Anfang 2008 wurde das SAN fast vollständig erneuert. Die Wartung für das neue SAN war für die ersten 3 Jahre im Kaufpreis enthalten und wird somit über das Leasing (verteilt auf 5 Jahre) mit bezahlt. Zusätzlich zur Leasingverpflichtung sind ab dem 4. Jahr reguläre Wartungszahlungen in Höhe von 590.000 € p. a. fällig. Dieser Betrag wurde im Doppelhaushalt 2010/2011 nicht berücksichtigt.

Mit Wenigeraufwendungen in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro ist bei der Unterhaltung von baulichen Anlagen zu rechnen.

Mehraufwendungen: rd. 1,0 Mio. Euro

Schuldendienst

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 10,2 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung ist durch das anhaltend niedrige Zinsniveau zu begründen.

Wenigeraufwendungen: ca. 10,2 Mio. Euro

Historisches Archiv

Den Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,6 Mio. Euro bei den Gerichts- und Notarkosten stehen Wenigeraufwendungen bei den sonstigen Dienstleistungen in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro sowie rd. 0,7 Mio. Euro bei Mieten und Pachten gegenüber.

Wenigeraufwendungen: ca. 0,6 Mio. Euro

Liegenschaften und Kataster

Es ist mit Mehrerträgen aus dem Verkauf (über Buchwert) von Grundstücken und Gebäuden in Höhe von rd. 4,2 Mio. Euro sowie mit Mehrerträgen bei Mieten und Pachten in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro rechnen. Zudem wird eine Einsparung von 0,8 Mio. Euro bei den Verlusten

bei Abgängen aus Anlagevermögen angestrebt.

Verbesserung: rd. 6,0 Mio. Euro

Wohnungsversorgungsbetrieb

Bei der Unterhaltung baulicher Anlagen kommt es durch Verzögerungen bei Instandsetzungsmaßnahmen zu Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. 1,6 Mio. Euro. Zudem werden Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. Euro bei Mieten und Pachten erwartet, da geplante Anmietungen von Wohneinheiten sich verzögern oder nicht realisiert werden können. Aufgrund früherer Fertigstellung von Neubauten kann mit Mehrerträgen bei Mieten und Pachten in Höhe von ca. 0,5 Mio. Euro gerechnet werden.

Verbesserung: rd. 3,9 Mio. Euro

Ordnungs- und Verkehrsdienst

Bei den Verwarn- und Bußgeldern zeichnet sich eine Verbesserung von rd. 1,5 Mio. Euro ab.

Mehrerträge: rd. 1,5 Mio. Euro

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Es zeichnen sich Mehrerträge bei den Erstattungen verbundener Unternehmen der Deponie „Vereinigte Ville“ in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro ab.

Verbesserung: rd. 1,1 Mio. Euro

Sonstige wirtschaftliche Unternehmen

Der Betriebskostenzuschuss Straßenreinigung an die AWB wird voraussichtlich um rd. 3,5 Mio. Euro höher ausfallen als geplant.

Die Stadtwerke Köln GmbH haben aufgrund ihres positiven Geschäftsergebnisses die Gewinnabführung an den Haushalt um 8,0 Mio. Euro erhöht. Demgegenüber stehen geringere Erstattungen des Finanzamtes in Höhe von rd. 24,8 Mio. Euro, die voraussichtlich erst in 2012 vereinnahmt werden können.

Bei den Kölner Sportstätten GmbH zeichnet sich eine Verbesserung gegenüber der Haushaltsplanung rd. 1,4 Mio. Euro ab.

Durch die Gewinnausschüttung der Stadtentwässerungsbetriebe (StEB) ergibt sich ein Mehrertrag von rd. 12,3 Mio. Euro.

Verbesserung: ca. 0,4 Mio. Euro

Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i> Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)
Gewerbesteuerumlagen	+ 3,2
Grundsteuer	- 0,3
Anteil an der Einkommensteuer	+ 28,1
Anteil an der Umsatzsteuer	+ 2,4
Kompensation	+ 0,6
Aufwandsteuern	+ 3,0
Schlüsselzuweisungen	+ 30,3
Landschaftsumlage	- 23,8
Personalaufwand	- 14,0
Sozialbereich	+ 9,0
Schule und Bildung	- 15,9
Kinder und Jugend	- 13,7
Bauaufsicht	- 0,8
Straßen und Verkehrstechnik	- 5,3
Brücken und Stadtbahnbau	+ 4,7
Zentrale Dienste	- 2,8
Gesundheitsamt	- 0,7
Stadtentwicklung	+ 5,3
Statistik und Informationsmanagement	+ 0,5
Informationsverarbeitung	- 1,0
Schuldendienst	+ 10,2
Historisches Archiv	+ 0,6
Liegenschaften und Kataster	+ 6,0
Wohnungsversorgungsbetrieb	+ 3,9
Ordnungs- und Verkehrsdienst	+ 1,5
Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung	+ 1,1
Sonstige wirtschaftliche Unternehmen	- 6,6
Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:	25,5

Sofern das Gewerbesteueraufkommen hinter der Ansatzfestlegung 2011 zurückbleibt (s. o.), kann sich das derzeit positive Ergebnis noch reduzieren bzw. in den Negativbereich umschlagen.

Ob sich aus den o. a. Veränderungen auch Anpassungen für die Jahre 2012ff ergeben, wird derzeit noch geprüft.

Um die Funktionsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten, musste die von der Stadtkämmerin angeordnete Verfügungsbeschränkung zum 01.10.2011 aufgehoben werden. Die Verpflichtung zur sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung gilt selbstverständlich weiter und wird stichprobenartig überprüft.

Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung

Derzeit werden bei mehreren Maßnahmen Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung prognostiziert. Dabei ist jedoch grundsätzlich im Zusammenhang mit der Entwicklung im in-

vestiven Bereich darauf hinzuweisen, dass Wenigerauszahlungen, die sich aufgrund eines verzögerten Baufortschrittes ergeben, regelmäßig in einem der Folgejahre zusätzlich bereitgestellt werden müssen. Es handelt sich in den meisten Fällen somit nur um einen verzögerten Mittelabfluss.

Investitionspauschale

Auf Basis des zwischenzeitlich vorliegenden Bewilligungsbescheides ergeben sich gegenüber der veranschlagten Investitionspauschale Mehreinzahlungen von rd. 6,0 Mio. Euro.

Mehreinzahlung: rd. 6,0 Mio. Euro

Kindertagesbetreuung:

Aufgrund einer zusätzlichen zweckgebundenen Zuweisung für die Intensivförderung im U3-Bereich in Höhe von rd. 6,6 Mio. Euro aus dem U3-Ausbau-Sonderprogramm des Landes ergeben sich in 2011 entsprechende Mehreinzahlungen.

Mehreinzahlung: rd. 6,6 Mio. Euro

Grünflächen – Rheinboulevard

Rheinboulevard:

Bezüglich des aktuellen Sachstandes wird auf die Verhandlungen in der Ratssitzung am 14.07.2011 zu TOP 10.22 verwiesen.

In Folge von Verzögerung in der Planung und Bauausführung werden sich voraussichtlich 4,5 Mio. Euro Wenigerauszahlungen ergeben, die im Folgejahr durch Ermächtigungsübertragung zusätzlich bereitgestellt werden müssen.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 4,5 Mio. Euro

RegioGrün:

Der Rat hat am 20.05.2010 den Bau der Einzelmaßnahmen Landschaftspark Belvedere, Strunder Bach und Lindenthaler Kanäle des Gesamtprojektes „Regionale 2010-RegioGrün“ mit Gesamtkosten von 5.088.900,- Euro beschlossen. Für den Baubeginn sind Mittel in Höhe von insgesamt 3.531.400 Euro freigegeben worden.

Für das Teilprojekt „Portal Gut Leidenhausen“ liegt nun ebenfalls die Gesamtkostengenehmigung i. H. v. 2.362.540,- Euro vor, ferner die Freigabe einer Zahlungsermächtigung i. H. v. 971.439,- Euro sowie einer Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 1.231.101,- Euro durch Beschluss des Hauptausschusses am 08.08.2011.

Die Förderbescheide für die beteiligten Projekte, die Ausschreibungsergebnisse und die Auftragsvergaben liegen nun größtenteils vor, so dass die baulichen Tätigkeiten im letzten Quartal 2011 einen höheren Mittelabfluss erzeugen werden. Dennoch werden sich Ende des Jahres aufgrund der langwierigen Beschluss-, Prüf- und Förderverfahren erhebliche Restebildungen ergeben. Insgesamt zeichnen sich Wenigerauszahlungen von rd. 6,2 Mio. Euro ab, die ins Folgejahr übertragen werden müssen.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 6,2 Mio. Euro

Informationsverarbeitung

Die prognostizierte Überschreitung in Höhe von ca. 1,3 Mio. Euro resultiert überwiegend aus den Mehraufwendungen für den Umbau des Rechenzentrums Chorweiler. Bezüglich der Begründung wird auf die Ausführungen in der Dringlichkeitsentscheidung, Vorlagen-Nr. 3731/2011, verweisen.

Mehrauszahlung rd. 1,3 Mio. Euro

Stadtentwicklung

Entgegen der Planung werden sich einige Maßnahmen zumindest teilweise ins nächste Haushaltsjahr verschieben:

- Beim Projekt „Einbau der Aufzüge am Bahnhof Deutz/Messe“ wird mit Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,9 Mio. Euro gerechnet
- Bei der Maßnahme „Innenstadt [südl. Erw.] Sanierung/Erneuerung wird mit einer Wenigerauszahlung in Höhe von rd. 1,1 Mio. Euro gerechnet
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro werden im Projekt „Butzweilerhof“ erwartet.
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro werden im Projekt „Eigelstein – Stadt-sanierung/-erneuerg.“ erwartet
- Bei der Tiefbaumaßnahme „Bocklemünd/Mengenich – Sanierung/Erneuerung“ werden Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,9 Mio. Euro erwartet
- Bei der Maßnahme „Lindweiler – Stadtsanierung /-erneuerung“ ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,7 Mio. Euro
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro ergeben sich im Projekt „Porz-Finkenbergr – Stadtsanierung/-erneuerung“
- Beim Projekt „Grünzug Mülheim-Charlier“ wird mit einer Wenigerauszahlung in Höhe von 0,5 Mio. Euro gerechnet
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro werden bei der Maßnahme „Mülheim 2020: Vereinsheim für esports“ erwartet
- Beim Projekt „Mülheim 2020: Flaniermeile Frankfurter Straße“ ist mit Wenigerauszahlungen in Höhe von 1,0 Mio. Euro zu rechnen
- Wenigerauszahlungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro werden bei der Maßnahme „Mülheim 2020: Gestaltung Waldecker Straße“ erwartet.

Die in 2011 nicht benötigten Haushaltsmittel müssen zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der Maßnahmen ins Hj. 2012 übertragen werden.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 13,0 Mio. Euro

Wirtschaftsförderung

Von den bereitgestellten Mitteln für das Projekt „Rheinpark-Café“ werden aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung in 2011 rd. 1,1 Mio. Euro nicht zur Auszahlung kommen. Es ergibt sich eine Verschiebung in die Folgejahre

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 1,1 Mio. Euro

Verkehrsflächen und –anlagen, Radwegebau

Auf der Grundlage der aktuellen Ausgabenstände ist davon auszugehen, dass bei den einzelnen Maßnahmen teilweise erhebliche Differenzen zur Haushaltsermächtigung auftreten werden. Da die Einzahlungen abhängig vom jeweiligen Auszahlungsstand sind, ist zu erwarten, dass auch hier entsprechende Veränderungen auftreten. Konkrete Aussagen über die Entwicklung der Einzahlungen können aufgrund der vom Zuschussgeber vorgeschriebenen Verfahren frühestens Ende Oktober getroffen werden. Aus heutiger Sicht werden Abweichungen über 500.000 Euro bei folgenden Maßnahmen auftreten:

- Generalsanierung Radwege: aufgrund von langwierigen Beschluss- und Vergabeverfahren sowie Verzögerungen bei der Bauvorbereitung werden die Mittel in 2011 zwar gebunden, jedoch nicht in voller Höhe abfließen. Es ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von ca. 1 Mio. Euro
- Schaltgeräte für Lichtsignalanlagen: vorauss. Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro
- Regionale 2010 – mobil im Rheinland: es werden Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,5 Mio. Euro erwartet
- Güterverkehrszentrum Eifeltor: die Arbeiten für die Errichtung der Lärmschutzwand wurden noch nicht aufgenommen, daher ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro

- Regionale 2010 - Ottoplatz: aufgrund des erhöhten Abstimmungsaufwandes mit dem Zuschussgeber verzögert sich das Vergabeverfahren, hierdurch Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro
- Markgrafenstraße: aufgrund des Projektumfangs verschiebt sich der Mittelabfluss teilweise nach 2012. In 2011 werden die Auszahlungen rd. 1,5 Mio. Euro unter der Ermächtigung liegen. Hiervon wurden bereits 700.000 Euro innerhalb des Teilplans 1201 umgeschichtet
- Generalinstandsetzung von Straßen: aufgrund noch ausstehender Bau- und Finanzierungsbeschlüsse verschiebt sich die Abwicklung einzelner Maßnahmen nach 2012. Hierdurch ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro
- Lützerathstr. - (Rösrather Str. – Mauspfad): aufgrund des Projektumfangs und dem damit verbundenen Vorbereitungsaufwand verschiebt sich der Mittelabfluss größtenteils nach 2012. Es werden Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro erwartet
- Militärringstraße/Dürner Str.: die Maßnahme wird konsumtiv finanziert, so dass rd. 0,7 Mio. Euro nicht abfließen werden
- Parkraumbewirtschaftung: die Einführung weiterer Bewohnerparkgebiete erfolgt sukzessive nach Vorliegen der entsprechenden Beschlüsse. Derzeit zeichnen sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro ab
- Busbahnhof Köln Porz-Wahn: aufgrund umfangreicher Abstimmungen mit den verschiedenen Beteiligten sowie dem Zuschussgeber verzögert sich die Ausführung nach 2012. Hierdurch ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. Euro.

Die in 2011 aufgrund Verzögerungen nicht abfließenden Mittel müssen nach 2012 übertragen werden.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 13,3 Mio. Euro

Liegenschaften und Kataster

Bei den Ankäufen von Grundstücken ergeben sich Wenigerauszahlungen in Höhe von 33,4 Mio. Euro, die nach 2012 übertragen werden sollen. In Bezug auf das Umlegeverfahren sind mit Wenigerauszahlungen von rd. 1,4 Mio. Euro zu rechnen. Bei den Grundstücksverkäufen zeichnen sich Wenigereinzahlungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. Euro ab.

jahresbezogene saldierte Verbesserung rd. 32,5 Mio. Euro

Wohnungsversorgungsbetrieb

Bei mehreren Maßnahmen wird es zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Auszahlungen nur teilweise noch in 2011 kassenwirksam werden.

Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

- Neubau Kulmbacher Str. 1-3 (Wenigerauszahlungen ca. 1,1 Mio. Euro)
Verschiebung nach 2012
- Neubau Kuckucksweg 1 (Wenigerauszahlungen ca. 1,8 Mio. Euro)
Verschiebung nach 2012
- Neubau Potsdamer Str. 1 (Wenigerauszahlungen ca. 1,8 Mio. Euro)
Verschiebung nach 2012

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 4,7 Mio. Euro

Brücken und Stadtbahnbau

Bei mehreren Maßnahmen im Brückenbau wird es zu Verzögerungen kommen, so dass die geplanten Aus-/Einzahlungen nur teilweise noch in 2011 kassenwirksam werden.

Abweichungen ergeben sich unter anderem bei folgenden Maßnahmen:

- Grunderneuerung Mülheimer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 0,7 Mio. Euro)
Verschiebung nach 2012

- Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke (Wenigerauszahlungen ca. 2,4 Mio. Euro/ Wenigererträge rd. 1,4 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Fluchttunnel Grenzstraße (Wenigerauszahlungen ca. 2,0 Mio. Euro / Wenigereinzahlung 1,0 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Betriebshof Merheim -alt- Mehreinzahlungen in Höhe von ca. 2,1 Mio. Euro
- Haltestelle Friesenplatz - Einbau von Aufzügen - (Wenigerauszahlungen ca. 2,0 Mio. Euro / Wenigereinzahlung 1,2 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Hochwasserschutz U-Bahn-Anlagen –(Wenigerauszahlungen 1,5 Mio. Euro) – Verschiebung nach 2012
- Stadtbahn Rhein-Sieg: Bauabschnitt Mülheim/Wiener Platz Mehreinzahlungen in Höhe von ca. 4,8 Mio. Euro

jahresbezogene saldierte Verbesserung rd. 11,9 Mio. Euro

Umwelt, Abfallbeseitigung und Verwertung

Die Ausführung der geplanten investiven Maßnahme „Böschungsabdichtung“ findet erst in den Folgejahren statt. Die veranschlagten Mittel in Höhe von 1,2 Mio. Euro werden 2011 nicht mehr kassenwirksam.

jahresbezogene Wenigerauszahlungen: ca. 1,2 Mio. Euro

gez. Klug